

Panorama > Personalnot und Platzmangel: Jugendämter in der Krise - folgenschwer für Kinder in Not

PERSONALNOT UND PLATZMANGEL

Jugendämter in der Krise - folgenschwer für Kinder in Not

12. Januar 2025 • 08:30 Uhr



Die Zahl der Kindeswohlgefährdungen erreichte im Jahr 2023 laut Statistischem Bundesamt einen neuen Höchststand. (Archivbild) Foto

© Annette Riedl/dpa



Der Kinderschutzbund ist besorgt wegen einer steigenden Zahl von Kindeswohlgefährdungen. Platznot, Fachkräftemangel und Überlastung in Jugendämtern gehen laut Experten zulasten der Schutzbedürftigen.

Immer mehr Fälle von Kindeswohlgefährdung werden bekannt - zugleich fehlt in vielen Jugendämtern Personal. Und die Unterbringungsmöglichkeiten für

schutzbedürftige Minderjährige reichen bei weitem nicht. Experten sind besorgt. Sozialpädagogin Gabriele Flößer vom Kinderschutzbund betont: "Ganz deutlich muss darauf hingewiesen werden, dass angesichts des Personal-, Fachkräfte- und Platzmangels die den Kindern und Jugendlichen zugesicherten Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung nicht vollumfänglich gewährleistet werden können."

Auch zahlreiche Jugendämter in Deutschland sehen unzureichende Bedingungen, wie eine WDR-Befragung offenlegt. Von Gewerkschaftsseite kommen ebenfalls Kritik und Forderungen an die Politik.

Der Kinderschutzbund sieht gravierende Defizite

Man beobachte mit großer Sorge die seit Jahren steigenden Zahlen zu Fällen von Kindeswohlgefährdung, sagt Flößer, Vorsitzende des Kinderschutzbunds in NRW. Aktuelle Studien zeigten zugleich, dass einzelne Mitarbeitende des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) im Jugendamt viel zu viele Einzelfälle zu bewerten hätten, was Arbeitszeiten überschreite und belaste. Folgen könnten "weniger gelungene Gefährdungseinschätzungen und Dokumentationen" oder Bearbeitungsstaus sein, schildert die Professorin für Sozialpädagogik an der Uni Dortmund der Deutschen Presse-Agentur.

Flößer zufolge ist die Lage der Unterbringungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen unübersichtlich, "weil diese nicht nur von der öffentlichen Jugendhilfe, sondern überwiegend von freien Trägern bereitgestellt werden." Fakt sei, "dass die Anzahl der Anfragen nach geeigneten Plätzen die vorhandenen deutlich übersteigt und es auch hier zu dramatischen Entscheidungen kommt."

Anzeige



Die Suche nach freien Plätzen laufe inzwischen bundesweit, sodass Kontakte zur Herkunftsfamilie oder wohnortnahe Aktivitäten nahezu ausgeschlossen seien. "Permanente Beziehungsabbrüche durch eine hohe Fluktuation des Personals erschweren die pädagogische Arbeit darüber hinaus."

Bei der Kindeswohlgefährdung steigen die Fallzahlen seit Jahren

Mit 63.700 bestätigten Fällen erreichte die Zahl der Kindeswohlgefährdungen im Jahr 2023 laut Statistischem Bundesamt einen neuen Höchststand.

Kindeswohlgefährdung kann Vernachlässigung, psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt sein. Tatsächlich dürften die Zahlen aber deutlich höher liegen, da laut Bundesamt nicht alle Jugendämter Daten für 2023 melden konnten - zum Teil auch, weil das Personal dort überlastet war. Im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW hält der steigende Trend ebenfalls an.

Befragung unter Jugendämtern: Kinderschutz gefährdet

Ein Mangel an erfahrenem Personal, Geld und Unterkünften für Kinder in Not sei für viele Jugendämter Realität und gefährde den Kinderschutz, bilanzierte auch ein WDR-Bericht vor wenigen Tagen. Gut die Hälfte der vom WDR befragten 300 Jugendamtsleitungen hatte angegeben, das Gefühl zu haben, unter den derzeitigen Bedingungen Kinderschutz nicht immer gut gewährleisten zu können. In jedem zehnten Amt kam es demnach wegen Personal-, Geld- oder Platznot schon zur Gefährdung von Kindern oder Jugendlichen.

Mehr als die Hälfte der Jugendamtsleitungen sprach in der WDR-Befragung für den TV-Beitrag "Jugendämter in Not: Kinder in Gefahr?" (abrufbar in der ARD-Mediathek) von häufiger Überlastung ihrer Mitarbeitenden im ASD. Weil es zu wenig Unterkünfte gebe, müssten Kinder oder Jugendliche manchmal länger als angebracht in ihren Familien bleiben. Einige Behörden gaben dem Sender zufolge an, dass Minderjährige in den Räumen des Amts übernachten mussten.

Nordrhein-Westfalen verweist auf viele Verbesserungen

Im bevölkerungsreichsten Bundesland habe man den Kinderschutz strukturell gestärkt und unterstütze Kommunen und Jugendämter, sagt Familienministerin Josefine Paul auf dpa-Anfrage. Mit dem Landeskinderschutzgesetz habe NRW neue Standards gesetzt, die den Kinderschutz verbessern. "Wir wissen aber auch um die großen Herausforderungen, vor denen nicht zuletzt die Kinder- und Jugendhilfe steht." Der Fachkräftemangel treffe die Jugendämter stark.

Die Landesregierung unterstütze die für die Jugendämter zuständigen Kommunen auch finanziell und bei der Personalgewinnung, betont eine Ministeriumssprecherin. Ein Beispiel: Im Studium werde der Praxistransfer gestärkt, um Studierende früh an die Arbeit der Jugendämter heranzuführen. Neue Ausbildungs- und Studiengangmodelle seien gemeinsam mit Unis und Jugendämtern in der Entwicklung. Man habe eine Fachkräfteoffensive für Sozial- und Erziehungsberufe "in enger Abstimmung mit allen beteiligten Akteuren" initiiert. Auch zur hohen Qualifizierung von Mitarbeitenden und für verbindliche Qualitätsverfahren seien Maßnahmen in Gang gekommen.

Forderungen kommen auch von Gewerkschaft und Opposition

Verdi moniert: "Familien, Kinder und Jugendliche bekommen nicht die bedarfsgerechte Unterstützung, die sie dringend brauchen." Der Alltag in den Jugendämtern sei auch von "überbordender Bürokratie geprägt". Für präventive Arbeit bleibe keine Zeit mehr. Die Arbeitsfähigkeit der Jugendämter sei massiv gefährdet, warnt Gewerkschaftssekretär Philipp Stewart.

Die Regierung müsse die Arbeitsbedingungen mit Sofortmaßnahmen verbessern, um wieder mehr qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu halten. Laut Kinderschutzbund kann eine Fachkräfteoffensive wohl nur erfolgreich sein, wenn die Arbeitsbedingungen und Belastungen kritisch unter die Lupe genommen würden. Die FDP-Landtagsfraktion in NRW fordert Entlastung für die Jugendämter. Die Lage sei katastrophal.

| dpa

Jugendamt Kinder Personalnot Platzmangel Kindeswohlgefährdung WDR NRW Krise
Dortmund Kinderschutzbund Kinderschutz Düsseldorf Fachkräftemangel Deutschland
Deutsche Presse-Agentur

Auch interessant

Empfohlen von  outbrain